

Peter Ullich & Alban Werner

Ist »DIE LINKE« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritik« und ihre Kritiker

1 Einleitung

Der Aufsatz »Antisemiten als Koalitionspartner« von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt¹ erregte noch vor seinem eigentlichen Erscheinen großes Aufsehen. Mit ihrer These, der zufolge der »antisemitische Antizionismus innerhalb der ›Linken‹ inzwischen zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden ist«,² konnten sie mediale Berichterstattung in allen großen Medien generieren. Die Debatte kulminierte in einer aktuellen Stunde des Bundestages zu »Aktuelle[n] sozialwissenschaftliche[n] Untersuchungen zu möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei Die Linke«.³ Auch wenn die inzwischen publizierte Fassung im Vergleich zu ihrer öffentlich diskutierten Vorabversion in einigen Punkten relativiert ist und bestimmte unhaltbare Behauptungen vorsichtig abschwächt, kann sie doch nicht unkommentiert stehen bleiben. Dies gilt einerseits wegen der hohen Bedeutung der von den Autoren angesprochenen Problematik und andererseits wegen eklatanter Schwächen beim Versuch, diese zu bearbeiten.

Zum ersten: Antisemitismus ist ein virulentes gesellschaftliches Phänomen, vor dem auch Linke im Allgemeinen und die Partei DIE LINKE im Besonderen nicht gefeit sind. Auch wenn der Antisemitismus von links, wie zu zeigen sein wird, vorrangig aus anderen Quellen schöpft und v. a. besser als Grauzone der Anschlussfähigkeit von Aspekten der Israelkritik bzw. Palästinasolidarität an den Antisemitismus thematisiert werden sollte, ist eine selbstkritische Reflexion von Strömungen in der Partei über diese Problematik angezeigt. DIE LINKE ist ebenso wie andere Organisationen und Parteien Teil der deutschen Gesellschaft, in der unterschiedliche Spielarten von Antisemitismus in verschieden starker Intensität existieren. Es wäre naiv anzunehmen, dass sich DIE LINKE davon vollständig abschotten kann. Schließlich kommen sozialwissenschaftliche Studien

- 1 Salzborn, Samuel und Voigt, Sebastian: »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit« in: *Zeitschrift für Politik* 58, Nr. 3 (2011), S. 290-309.
- 2 Samuel Salzborn / Sebastian Voigt: »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit« Manuskript, <http://www.fr-online.de/blob/view/8467798,5567690,data,Studie+Antisemitismus+in+der+Linkspartei.pdf> [11.5.2011], S. 1.
- 3 http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34536798_kw21_de_linke/index.html [5.10.2011].

über rechte, chauvinistische und exklusivistische Einstellungen in Deutschland⁴ regelmäßig zu dem Ergebnis, dass es bei einem Teil der deutschen Bevölkerung hartnäckige Vorurteile und Ressentiments gibt, zu denen auch der Antisemitismus zählt. Die Studie »Die Mitte in der Krise« findet bei 8,4 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik antisemitische Einstellungen (9,5 % in den alten und 4,2 % in den neuen Bundesländern).⁵ Andere Studien kommen zu weit höheren Werten. Auch Anhänger/innen von Gewerkschaften und linken Parteien sind davon, wenngleich bei letzteren weniger als die Anhänger/innen von Parteien der Mitte und rechten Parteien, unterdurchschnittlich,⁶ betroffen.

Zum zweiten ist aufgrund des Themas eine angemessene *politische Sensibilität* geboten. Jemanden als Antisemiten bzw. eine Handlung oder Äußerung als antisemitisch zu bezeichnen, ist ein schwerwiegender Vorwurf mit hohem Stigmatisierungspotenzial. »Antisemitismus« gilt [zu Recht!, d.A.] als solcher als Attribut, das Personen moralisch diskreditiert und in der Sache jede weitere Diskussion erübrigt. Wenn jemand als »Antisemit« gilt, ist er moralisch disqualifiziert, eine als »antisemitisch« markierte Position wird in-diskutabel.«⁷

Umso schwerer wiegt der von den Autoren formulierte Vorwurf »Die grundlegenden Prinzipien eines großen Teils der Partei »Die Linke« seien »der Antiimperialismus und damit einhergehend die radikale Gegnerschaft zum Staat Israel.«⁸ Zudem dominiere eine israelfeindliche Position die Bundestagsfraktion⁹ und »ein antizionistischer Antisemitismus die öffentlichkeitswirksamen Positionierungen der Partei »Die Linke« seit dem Jahr 2010.«¹⁰ Zwar wird die Diagnose solcher Positionierungen sektoral auf *außenpolitische* Positionen zugespitzt – allerdings sei hier der antizionistische Antisemitismus nicht mehr nur eine marginale Strömung innerhalb der Partei«, sondern habe sich inzwischen zur »dominanten Positionierung« in diesem Bereich verdichtet.¹¹ Die Autoren sehen sogar Hinweise für einen Trend hin zur Bildung einer »links-jihadistischen Querfront« zwischen der Linkspartei und »Islamisten und Terrororganisationen«¹²

Der LINKEN radikale Israelfeindschaft und antizionistischen Antisemitismus nachzuweisen gelingt den Autoren jedoch keinesfalls. Ihr Aufsatz genügt in verschiedener Hinsicht grundlegenden wissenschaftlichen Kriterien nicht. Das fragliche Papier ist methodisch mangelhaft (2), es ist logisch an mehreren wichtigen Stellen inkonsistent und

4 Vgl. Oliver Decker / Marliese Weißmann / Johannes Kiess / Elmar Brähler: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland* 2010, hg. von: Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010; S. 17 f.

5 Decker / Brähler u.a. aaO (FN 4), S. 23.

6 Decker / Brähler u.a. aaO (FN 4), S. 85 f.

7 Rainer Erb / Michael Kohlstruck: »Eine Anmerkung zur aktuellen öffentlichen Diskussion um Antisemitismus«, http://zfa.kgw.tu-berlin.de/lehmaterial/dateien/AS_Debatte_30_05_2006.pdf [20.5.2011], S. 2.

8 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 298.

9 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 308.

10 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 291.

11 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 292.

12 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 307.

weist eine äußerst selektive und reduktionistische Behandlung von Stellungnahmen und Ereignissen auf (3). Dies geschieht vor dem Hintergrund einer selektiven Rezeption des Forschungsstandes, der deutlich abweichende Interpretationsmöglichkeiten für das vorgelegte Material eröffnet, die nicht diskutiert werden (4).

2 Fragwürdige Methoden

Eine große Schwäche des Aufsatzes von Salzborn und Vogt ist sehr basaler Natur. Die Autoren von »Antisemiten als Koalitionspartner?« bleiben den Leser/innen eine Offenlegung ihres methodischen Vorgehens schuldig. Sie nehmen Generalisierungen und Quantifizierungen vor und machen Verlaufsangaben, ohne auch nur ansatzweise über die dafür notwendige Datenbasis zu verfügen. Diese Datenbasis sind Berichte über verschiedene politische Aktionen und Positionierungen, insbesondere hinsichtlich der Teilnahme von Linken-Parlamentarier/innen an der sogenannte Gaza-Flotille, deren Vorgeschichte und die darauf folgenden Reaktionen. Nicht offen gelegt wird, welche Kriterien die Auswahl des eher anekdotisch präsentierten Materials leiteten und insbesondere, mit welcher Berechtigung – und dies ist der gewichtigste Einwand – von diesem Material auf die Partei als Ganze geschlossen wird.

Wer einer *Partei* das Bekenntnis zu einer bestimmten Ideologie wie dem Antisemitismus nachweisen möchte, muss anders vorgehen als beim Nachweis nur gegenüber einzelnen Mitgliedern oder herausgehobenen FunktionärInnen. Eine Partei ist eine Organisation. Und Organisationen gelten in der Sozialwissenschaft dann als eigenständige Akteurinnen, wenn von ihnen Wirkungen ausgehen, die man nicht nur einzelnen Mitgliedern oder Untereinheiten zurechnen kann. Diese Wirkungen müssen innerhalb der Organisation ausgewählt und mit einem bestimmten Sinn versehen sein, damit sie als Handlungen »der Organisation«, hier: »der Partei« beschrieben werden können.¹³

Dieser Nachweis könnte geführt werden durch: den Nachweis einer geteilten Ideologie der Parteimitglieder (2.1.), Beschlüsse, mit denen das Handeln der Parteiorganisation festgelegt wird (2.2.) oder die Positionierung ihrer Eliten (2.3).

2.1 Ideologischer Konsens

Die erste Möglichkeit wird ausgeschlossen. Die Autoren wollen »explizit keine Aussage über die Verankerung des antizionistischen Antisemitismus in der Parteibasis getroffen haben«, da die gewählte Methode »hierüber keine Erkenntnisse ermöglicht«. ¹⁴ Der ideengeschichtliche Abriss zum Thema »Linke und Antisemitismus« könnte in eine ähnliche Richtung weisen, wenn er das Fortwirken eines ideologischen Erbes thematisieren würde, was zunächst auch plausibel erscheint. Es bleibt jedoch undeutlich, welchen Nachweis das Referat über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer

13 Vgl. Geser, Hans: »Organisationen als soziale Akteure«, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 19, Nr. 6 (1990), S. 401-417, hier S. 402 f.

14 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 292.

Theoretiker sowie der DDR und der westdeutschen Linken zum Antisemitismus hier konkret leisten soll. Nur der letzte Punkt steht in einem mit der heutigen Situation vergleichbaren politischen Kontext (der Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete). Dabei führen die Autoren einige Beispiele aus Gruppen vor allem der militanten Linken der alten Bundesrepublik sowie die defizitäre Auseinandersetzung mit dem Problem in der DDR an. Nicht erwähnt wird, dass die damalige SED-PDS sich im Umbruch 1989/90 mit dem Antizionismus der SED auseinandersetzte, der letzte SED-Ministerpräsident Hans Modrow Israel symbolische Entschädigungszahlungen anbot und die PDS-Fraktion die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen mittrug, in der sich die Volkskammer u. a. für die »Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel« entschuldigte.¹⁵ Für Westdeutschland belassen es die Autoren bei einer anekdotischen Aufzählung von antisemitischen Ausfällen, die tatsächlich als dunkles Kapitel der Geschichte der deutschen Linken nicht zu bestreiten sind.

Die sich anschließenden innerlinken Debatten und die langfristige Herausbildung dezidiert anti-antizionistischer und sogar pro-zionistischer Positionen innerhalb der politischen Linken wird jedoch nicht thematisiert¹⁶ – ein Grundmuster, das sich durch den gesamten Text zieht. Offen bleibt vor allem die Frage, wie sich die z.T. gewalttätigen Aktionsformen militanter Gruppen aus den 1970ern Jahren in die 35 Jahre später gegründete LINKE fortgesetzt haben sollen. Dies gilt insbesondere aufgrund der großen Heterogenität der westdeutsch verankerten WASG (neben der Linkspartei/PDS die andere, auch von den Autoren erwähnte¹⁷ Quellpartei der LINKEN), die u.a. sozialdemokratische, gewerkschaftliche und trotzkistische Strömungen vereinigte, jedoch kaum in einem Zusammenhang mit den militanten Antiimperialist/innen und Autonomen steht.

Die empirischen Untersuchungen, die zumindest für die Parteianhängerschaft vorliegen und für die Anhänger/innen der LINKEN die niedrigsten Antisemitismuswerte im Vergleich aller Parteien ausweisen (mit Ausnahme der westdeutschen Anhängerschaft der Grünen), finden keine Erwähnung.¹⁸

15 Timm, Angelika 1998: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Köln. S. 333 ff. und S. 588.

16 Vgl. dazu bspw. Martin Kloke, Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus in: Bundesministerium des Innern (Hg.), »Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme«, Berlin 2004, S. 163-195, besonders S. 177 ff., S. 184 ff.; Bernhard Schmid, »Deutschlandreise auf die ›Bahamas‹. Vom Produkt der linken zur neo-autoritären Sekte« in: Gerhard Hanloser (Hg.), »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik«, Münster 2004, S. 15-64.; Jörg Später, »Kein Frieden um Israel. Zur Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke« in: Theo Bruns / Moe Hierlmeier / Alexander Schudy / Marcus Wissen (Hg.), radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, Berlin/ Hamburg S. 245-259.

17 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 293.

18 Decker/ Brähler u.a., 2010: Die Mitte in der Krise, aaO (FN 4), 85 f.

2.2 Klare Beschlusslage?

Die überzeugendste Variante für den Nachweis einer antisemitisch-antizionistischen Positionierung der Partei DIE LINKE läge im Aufweisen entsprechender Beschlüsse zentraler Gremien. Schließlich markieren Beschlusslagen den legitimen Spielraum für Handlungen und Äußerungen und stehen programmatische Festlegungen zusammen mit der Selektion des Spitzenpersonals im Fokus der innerparteilichen Machtverhältnisse. Allerdings kann der Umgang der Autoren mit den Beschlusslagen der Linkspartei-Gremien nicht überzeugen.

Sie glauben, mit der Positionierung der Linksfraktion im Bundestag zum Nahostkonflikt vom 20.4.2010 einen Beschluss vorweisen zu können, der »den antizionistischen Kräften nachhaltig den Rücken stärkte und zugleich die wenigen parteiinternen Kritiker [wie etwa Petra Pau oder den Bundesarbeitskreis Shalom innerhalb der Jugendorganisation der Partei] in ihre Schranken wies«. ¹⁹ Abgesehen von der Bagatellisierung wichtiger Inhalte dieses Parteibeschlusses (Bekenntnis zu Unrelativierbarkeit deutscher Verantwortung gegenüber Israel, gegen Antisemitismus und zum israelischen Existenzrecht, vgl. dazu Kap. 3) zeigt ein leicht via Internet recherchierbarer Artikel der »*Jüdischen Allgemeinen*« hierzu eine etwas andere innerparteiliche Gemengelage auf. In der Zeitung werden die »parteiinternen Kritiker« vom Bundesarbeitskreis Shalom innerhalb der Linksjugend wie folgt zitiert: »Was die Linke-Fraktion bei vier Enthaltungen und einer Gegenstimme der Abgeordneten Christine Buchholz beschlossen hat, findet auch die Zustimmung der israelfreundlichen Kreise der Partei. »Wir sind froh, dass es das Papier überhaupt gibt«, sagt Benjamin Krüger, Sprecher des BAK Schalom, und lobt zum Beispiel die Forderung nach einem israelisch-palästinensisch-deutschen Jugendwerk. Nicht einmal die Offerte an die Hamas stört BAK Schalom. »Dass die politischen Akteure im Nahen Osten miteinander sprechen müssen, ist nachvollziehbar«, sagt Krüger. »Anders ist es aber mit der Linken: Wir sind kein staatlicher Akteur, wir müssen mit der Hamas nicht reden, und wir sollten das auch nicht.« ²⁰

Dass innerparteiliche Beschlusslagen im Gegensatz zu den Handlungen einzelner Personen, die den größten Platz der Darstellung beanspruchen, generell von den Autoren nicht hinreichend gewürdigt werden, ist erstaunlich. Zwar gibt es, zumindest bisher, keine Äußerungen zu Israel und Nahostkonflikt in Programm der Partei (obwohl im Zuge der Diskussion um das aktuelle Programm darüber nachgedacht wird), wohl aber neben dem genannten Fraktionsbeschluss einen im Tenor ähnlichen Beschluss des Parteivorstandes über »Eckpunkte für das Herangehen der Partei DIE LINKE an den israelisch-palästinensischen Konflikt« aus dem Jahre 2009, ²¹ der sich gegen einseitige Parteimahnahmen im Konflikt und gegen Gewaltanwendung ausspricht, die deutsche Verant-

19 Decker/ Brähler u.a., 2010: *Die Mitte in der Krise*, aaO (FN 4), S. 304.

20 Martin Krauss: Für Frieden und Hamas. Die Linkspartei formuliert ihre Haltung zum Nahen Osten, 29.4.2010, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7323> [20.5.2011].

21 <http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20082010/beschluesse/eckpunktfeurdasherangehenderparteiidielinkeandenisraelischpalaestinischenkongflikt/> [13.10.2011].

wortung für Israel und das Recht auf eine gesicherte Existenz des jüdischen Volkes in einem eigenen Staat betont, und sich deutlich von jeder Kritik an Israel distanziert, die mit antijüdischen Klischees oder Holocaustvergleichen argumentiert. Auf der Homepage der Linksfraktion finden sich zudem stichwortartig grundlegende Positionierungen der Partei zu verschiedenen Themen. Auch dort wird das Thema Nahostkonflikt zuerst in einen erinnerungspolitischen Rahmen gestellt, aus dem Verantwortung für das israelische Existenzrecht und gegen jede Art von Antisemitismus abgeleitet werden.²²

Auch andere Beispiele, die von den Autoren z.T. selbst angeführt werden, zeugen bei genauerem Hinschauen nicht von einer antizionistisch-antisemitischen Beschlusslage der LINKEN. So führen sie an, dass elf Abgeordnete sich weigerten, am 4.11.2008 der Resolution des Bundestags »Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken« zuzustimmen – mit der Begründung, dass die Erklärung jegliche Kritik an Israel für illegitim erkläre.²³ Gegen Salzborns und Voigts Konsens- bzw. Dominanzthese sprechen zunächst v.a. die anderen 40 Linke-Abgeordneten, die dem Beschluss zustimmten. Völlig unbeachtet lassen die Autoren aber, dass alle anderen Fraktionen des Bundestages die Linksfraktion auf Drängen der CDU/CSU vom Kreis der Antragsteller ausgeschlossen hatten und die Linksfraktion daraufhin einen wortgleichen Antrag einbrachte,²⁴ und gerade nicht, wie die Autoren behaupten, einen »Gegenantrag«.²⁵ Zum anderen werden die Begründungen der Ablehnenden nicht diskutiert. Die entsprechenden Abgeordneten betonen insbesondere die affirmative Bezugnahme der Bundestagsresolution auf den Begriff der »Staatsräson« – auf den zuvor Angela Merkel und Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion, in Reden positiv Bezug genommen hatten. »Staatsräson« bedeutet ideengeschichtlich wie realpolitisch die Selbstbehauptung des Staates unter Zuhilfenahme notfalls auch amoralischer Mittel. Dass diejenigen Teile der Linkspartei, deren linkssozialistische Ideologie auf ein »Absterben« repressiver Staatsapparate abzielt, diesen Begriff ablehnen,²⁶ muss als Motiv ebenso ernst genommen werden.

Die genannten Beispiele wichtiger Kristallisationspunkte für die Politik der Linkspartei zu Antisemitismus und Nahost im Untersuchungszeitraum zeigen also gerade nicht, dass man von einer mehrheitsfähigen antizionistisch-antisemitischen Ideologie sprechen kann. Offensichtlich ist die Beschlusslage der LINKEN weniger angreifbar, als Salzborn/Voigt behaupten, und zugleich fallen die Positionen, die dort vertreten werden, deutlich heterogener aus.

22 <http://linksfraktion.de/themen/nahostkonflikt> [13.10.2011].

23 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 302 f.

24 »Antisemitismus-Resolution grenzt Linke aus«, Süddeutsche Zeitung, 4.11.2008.

25 Ebd.

26 Vgl. die ausführliche Kritik von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht u.a. an Gysis Rede: »Staatsräson und Regierungsbeteiligung. Überlegungen zur Rede Gregor Gysis auf einer Veranstaltung »60 Jahre Israel« der Rosa-Luxemburg-Stiftung«, online unter http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/staatsraeson_und_regierungsbeteiligung/ [17.10.2011].

2.3 Elitenpositionierung

Die in den Beschlusslagen und der nicht einheitlichen Zustimmung zum Ausdruck kommende Heterogenität zeigt, dass es politisch einen Unterschied bedeutet, wer DIE LINKE im Hinblick auf nahostpolitische Fragen repräsentiert – ob sich etwa die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz und die Teilnehmer/innen der Gaza-Flotille oder aber ihre Kolleginnen, die Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau bzw. die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping zum Thema Nahostkonflikt äußern. Noch deutlicher wurde dies in der durch die Vorabversion des Textes von Salzborn und Voigt mit angestoßenen medialen Debatte im Frühjahr und Sommer 2011. Verschiedene Vertreterinnen der Partei kritisierten darin antizionistische Positionierungen, während aus dem traditionslinken Flügel diese Vorwürfe als, insbesondere hinsichtlich des Antisemitismusvorwurfs unbegründet zurückgewiesen worden. Auch bei früheren Zuspitzungen im Nahostkonflikt führten antizionistische Positionierungen schon zu Widerspruch aus der Partei.²⁷

Tritt dieser Fall ein, dass man die zu untersuchende Handlungsorientierung und Wahrnehmungsstruktur nicht der Organisation (d.h. hier der Partei DIE LINKE oder der kleineren Gruppe ihre Eliten) als *Ganzer* zurechnen kann, »bedeutet dies, dass wir für die Erklärung des Handelns von korporativen Akteuren [...] auch die Handlungsorientierungen der in der und für die Organisation handelnden Individuen erheben müssen«²⁸. Eine repräsentative Erhebung von Handlungsorientierungen bei Parteimitgliedern oder wenigstens Funktionsträger/innen der LINKEN liegt bisher nicht vor und wurde auch von Salzborn/ Voigt nicht vorgenommen. In Ermangelung entsprechender Daten sind aber auch keine plausiblen Schlüsse darüber möglich, auf wie viel Zustimmung bspw. die von Salzborn/ Voigt überhaupt nicht aufgegriffene Rede Gregor Gysis über »Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel«²⁹ innerhalb der Parteibasis oder -elite trifft. In dieser vielbeachteten Rede hatte sich einer der wichtigsten Köpfe der Partei anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung Israels klar gegen antiimperialistischen Antizionismus und für die Solidarität mit dem Staat Israel als Teil der deutschen Staatsräson ausgesprochen.

Angesichts der innerparteilichen Heterogenität muss eine weitere Möglichkeit in Betracht gezogen werden, nämlich die, der Parteilite wenn nicht schon ein Bekenntnis, so doch zumindest ein ambivalentes Verhältnis zum Antisemitismus nachzuweisen. Wenn diese sich nicht durch als antisemitisch zu qualifizierende Beschlüsse und auch nicht durch eine dominante antisemitische Ideologie auszeichnen, so kann sie die Verbreitung

27 Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Deutschland und Großbritannien*, Berlin 2008, S. 7, S. 185-187.

28 Renate Mayntz / Fritz W. Scharpf, »Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus«, in: dies. (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/Main, 1995, S. 39-72, hier: S. 67.

29 Gregor Gysi: »Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel«, Rosa Luxemburg-Stiftung, *Reihe Standpunkte*, Nr. 9/2008, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0809.pdf.

antiisraelisch-antisemitischer Ressentiments doch befördern, wenn sie in ihrer realen politischen Praxis beispielsweise nicht darauf achtet, ob unter ihren Bündnispartner/innen auch antisemitische Akteure sind. Die außenpolitischen Positionierungen, in denen der Kritik von Salzborn/ Voigt Plausibilität zukommt, beziehen sich auf Handlungen exakt diesen Typs. Ihre Argumentation stützt sich im Wesentlichen darauf, dass zwei aktive und ein ehemaliger Abgeordneter der LINKEN sich an der umstrittenen »Gaza-Flottille« beteiligt haben.³⁰ An dieser Flotte waren auch reaktionäre türkische Gruppen beteiligt, die in Kontakt zu islamistischen Organisationen stehen und deren deutscher Ableger vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 12. Juli 2010 verboten wurden. Trotzdem liegt hier eher ein Fall in der Grauzone zwischen problematischer Tolerierung antisemitischer Akteure vor, als ein Nachweis von Praktiken, die explizit die Zerstörung Israels zum Ziel haben.

Neben dem zentralen Argument, dass sowohl der gewählte methodische Zugang als auch die empirischen Daten nicht geeignet sind, der Partei »DIE LINKE« als Organisation antisemitischen Antizionismus nachzuweisen, erscheinen andere methodische Ungenauigkeiten relativ banal und sollen deshalb hier nur kurz Erwähnung finden. Auffällig sind insbesondere Verlaufsangaben, die den gesamten Text durchziehen.³¹ Obwohl nur qualitative »Daten« vorliegen, ist der Text an verschiedenen Stellen von einer quantifizierenden Sprache geprägt.³² Und die Autoren treffen Aussagen über nicht selbst untersuchte und auch nicht mit Sekundärliteratur belegte Objektbereiche.³³ Tatsächlich werden hier u. U. ernsthafte Probleme angesprochen; doch ein großer Teil der Schlüsse ist nicht belegt, viele Interpretationen erscheinen maßlos übertrieben. Solcherart nicht abgesicherte Aussagen erreichen trotzdem einen Zweck – sie untermauern zumindest dem Anschein nach die an sich schwache Argumentation³⁴ und tragen somit zu einem irreführenden Gesamtbild bei.

3 Reduktionismus und selektive Materialbearbeitung

Schon an den bisher analysierten Passagen wird deutlich, dass die Autoren des Papiers »Antisemiten als Koalitionspartner?« generell sehr einseitig mit ihren ohnehin nicht sys-

30 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO. (FN 1), 298ff.

31 »seit Anfang des Jahres zunehmend« (S. 290 f.), »verlieren immer mehr an Bedeutung« (291), »Wandlungsprozess«, »zunehmend zur außenpolitisch dominanten Positionierung verdichtet hat« (S. 292), »Höhepunkt einer längeren Entwicklung« (S. 301).

32 »dominanter«, »prägen«, »zunehmend« (S. 290 f.), »Prinzipien eines großen Teils« (S. 298), »nicht selten wurden diese Veranstaltungen für antisemitische und anti-israelische Propaganda benutzt« (S. 300), »kaum noch wahrzunehmen« (S. 307).

33 Z.B. über die Medienberichterstattung und die Bedeutung moderater Positionen in dieser (S. 307) oder die bei einer Veranstaltungsreihe »nicht selten« vorgetragenen antisemitische und antiisraelische Propaganda, die mit der Äußerung eines (!) Gastes belegt werden soll (S. 300).

34 Diese beginnt schon in der ersten Zeile des Aufsatzes, in welcher sich die Autoren als Tabubrecher inszenieren. Abgesehen davon, dass dies sonst zum Repertoire des Antisemitismus und Antizionismus gehört, ist es v.a. inhaltlich haltlos, im Angesicht einer seit 40 Jahren in der Linken und auch massenmedial geführten Debatte um linken Antisemitismus.

tematisch, sondern bestenfalls locker anekdotisch ausgebreiteten Beispielen für Antisemitismus innerhalb der LINKEN umgehen. Die dabei zu Tage tretende starke Voreingenommenheit zeigt sich nicht nur in der Wahl der Beispiele, sondern auch in der Art ihrer Präsentation, insbesondere in der konsequenten Negierung des Einflusses außenpolitischer Erwägungen auf die Nahost-Positionen der Partei DIE LINKE.

Neben der Beteiligung von linken Mandatsträger/innen an der »Free Gaza«-Flottille führen Salzborn und Voigt eine Reihe von Einzelfällen zur Begründung ihrer These auf, wobei sie Auseinandersetzungen innerhalb der Herforder Linkspartei um die finanzielle Unterstützung der lokalen Synagoge, das Vorkommen antisemitischer Symboliken bei einer linken Solidaritäts-Demonstration in Bremen sowie mehrere Vorkommnisse im Duisburger Kreisverband der Linken aufgreifen. Leider werden die LeserInnen völlig im Unklaren darüber gelassen, nach welchen Kriterien gerade *diese* Beispiele ausgewählt wurden, und nicht andere. Damit allerdings ein Ereignis als »Fall« eines größeren Problems klassifiziert werden kann, muss doch zunächst erörtert worden sein, worin der »Fall« denn überhaupt besteht.³⁵ Statt dessen bleibt der ein hoher Interpretationsspielraum (und größere, methodisch höchst problematische Willkür) bzgl. dessen, was den Autoren zufolge als »radikale Gegnerschaft zum Staat Israel«³⁶ ausgezeichnet werden kann, auf eine klare Operationalisierung wird verzichtet (vgl. Kap. 4). Dass dieser Befund auf die »grundlegenden Prinzipien eines großen Teils der Partei »Die Linke« bezogen wird³⁷ zeigt zudem, dass die Autoren die eingangs erwähnte Relativierung ihrer ursprünglichen Thesen – z.B. die Einschränkung auf Außenpolitik – nicht konsequent durchhalten.

An zwei Beispielen sei die Willkür der Beispielauswahl und -interpretation verdeutlicht:

(a) Nachdem der Vorsitzende der Duisburger Stadtratsfraktion der LINKEN, Hermann Dierkes, öffentlich den Boykott israelischer Waren als Maßnahme zur Unterstützung der Palästinenser/innen befürwortet hatte, sah er sich massiver innerparteilicher Kritik ausgesetzt und musste als Bürgermeisterkandidat zurücktreten. Dieser Aspekt wird von Salzborn/ Voigt nicht erwähnt; ebenso wenig, dass Dierkes aus der gesamten Republik Kritiken erreichten, auf die er in der »jungen Welt« ausführlich antwortete.³⁸

(b) Keine Erwähnung findet, dass aus der Linksfraktion im Bundestag der Vorschlag stammte, der Bundestag solle in einer Resolution die bedingungslose Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit fordern, der seit mehreren Jahren von der Hamas gefangen gehalten wird. Die anderen Fraktionen des Bundestags griffen den Vorschlag auf

35 Vgl. zur hohen Relevanz dieser Frage anstelle vieler anderer etwa Detlef Jahn: *Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2006, S. 322ff.

36 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO. (FN 1), S. 298.

37 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO. (FN 1), S. 298.

38 junge Welt vom 6.4.2009; Dierkes Antwortbrief ist Internet abrufbar, http://www.dpg-netz.de/downloads/Offener_Brief_an_LINKE.pdf.

– allerdings wiederum auf Druck der Unionsfraktion unter Ausgrenzung der LINKEN.³⁹

Dass Salzborn/ Voigt ihre Thesen inzwischen abgeschwächt und auf außenpolitisches Agieren der Linkspartei konzentriert haben, erweist sich letztendlich als Falle für ihre eigene Argumentation. Denn obwohl sie selbst die Außenpolitik als Feld ausweisen, auf dem sich der vermeintlich innerparteilich mehrheitsfähige antizionistische Antisemitismus manifestiere, schließen sie außenpolitische Relevanzkriterien sowie weit verbreitete Standpunkte und Strategien zur Beurteilung der Linkspartei von vornherein aus. Die Autoren bewerten etwa den Beschluss der Linksfraction im Bundestag zum Nahost-Konflikt vom 20. April 2010 als inakzeptabel⁴⁰ (s.o.). Hier muss es ihnen schwerer fallen, antizionistisch-antisemitische Inhalte nachzuweisen, da es in der fraglichen Positionsbestimmung unmissverständlich heißt: »Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechts Israels ein.«⁴¹

Um ihre These aufrecht erhalten zu können, argumentieren die Autoren, dass das Bekenntnis der Linksfraction zu Israels Existenzrecht »mit einer Fülle propalästinensischer Forderungen flankiert wurde, die faktisch Israels Existenz infrage stellen [...]: Denn wie ließe sich die Forderung nach einem souveränen palästinensischen Staat mit der Freilassung aller »politischen Gefangenen«, dem Abbau der israelischen Grenzsicherungsanlagen und der sofortigen Öffnung des Gazastreifens interpretieren, wenn nicht als fundamentale Infragestellung des israelischen Selbstverteidigungsrechtes?«⁴²

Salzborn und Voigt blenden aus, dass es neben den erinnerungspolitischen Befindlichkeiten der deutschen Nahost-Diskussion auch noch einen realen Nahostkonflikt gibt, in dem politische Bewertungen getroffen werden müssen und mithin sowohl die humanitäre Lage der PalästinenserInnen, als auch kritische Stellungnahmen zur Abriegelung des Gaza-Streifens aus menschenrechtlicher und sicherheitspolitischer Perspektive in eine Bewertung einzufließen haben, die naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen können.

Für Salzborn/ Voigt scheint eine weitere Passage der o.g. Fraktionsbeschlusslage nicht akzeptabel, nämlich »die Forderung der Linkspartei, die Hamas in politische Gespräche einzubeziehen. Denn in der Charta der Hamas ist die Vernichtung Israels ein ausgewiesenes Ziel, den ideologischen Kern der Organisation bilden Islamismus und Antisemitismus. Auch hier wurde erneut der offene Pakt mit einer antisemitischen Terrororganisation beschworen.«⁴³

39 »Gemeinsamer Antrag mit der Koalition. SPD und Grüne lassen Gysi schäumen«, *tageszeitung* vom 27.10.2010.

40 Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahostkonflikt: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/position-fraktion-linke-nahost-konflikt/>, 20.4.2010 [17.10.2011].

41 Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahostkonflikt, aaO.

42 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO. (FN 1), S. 304.

43 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 304..

Der harsche Vorwurf ist aus mindestens zwei Gründen nicht stichhaltig und zeugt von fragwürdiger Vorgehensweise. Erstens besteht ein Unterschied zwischen der *realpolitischen Anerkennung* der politischen Situation in einem Land, einschließlich seiner politischen Führungsstruktur, und der affirmativen Schließung eines Pakts, mit der man die Ziele des Partners ausdrücklich gutheißt. Die Linksfraktion fordert wie anders orientierte politische Kräfte auch Verhandlungen mit der Hamas. Zugleich fordert sie aber auch die deutsche Bundesregierung auf, »bei der Verhandlung mit der Hamas sich dafür einzusetzen, dass aus ihrer Charta die Punkte gestrichen werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten bzw. in Zweifel ziehen«. ⁴⁴ Zweitens hätten die Autoren, bevor sie einen Vorwurf dieser Art erheben, sich der Positionen innerhalb der sicherheitspolitischen Debatte vergewissern sollen, da diese nach anderen Kriterien politische Optionen beurteilt als eine Argumentation, die nach Möglichkeiten »links-jidahistischer Querfronten« Ausschau hält. ⁴⁵ Ein Abgleich ihrer Positionen mit dem Spektrum vorhandener Expert/innen-Meinungen hätte Salzborn/ Voigt z.B. auf den Hinweis der Denkfabrik International Crisis Group bringen können, die eine Isolationsstrategie gegenüber der Hamas nüchtern-realpolitisch verwirft. »[T]he boycott has not worked. As Crisis Group repeatedly warned, without diplomatic engagement a return to violent engagement was only a matter of time«. ⁴⁶ Dass solche Abgleiche, nüchterne Gewichtungen und die Offenlegung der eigenen Kategorien seitens Salzborn/ Voigt unterbleiben, nährt den Eindruck, dass ihr Maßstab für die Beurteilung des Nahost-Konflikts und die Position der Linkspartei fragwürdig ist und der Vorwurf der Israelfeindschaft und des Antisemitismus sich auf Bereiche erstreckt, die aus menschen- und völkerrechtlicher Sicht nichts anderes als legitime Kritik darstellen. »Nicht die Loyalität zu einem Kollektiv kann moralisch gefordert werden, sondern nur die Bindung an bestimmte Normen und Werte, also etwa den Menschenrechten. Die Forderung nach einer uneingeschränkten Solidarität mit Kollektiven ist für aufgeklärte Individuen eine Zumutung«. ⁴⁷ Eine Zumutung liegt auch dann vor, wenn es sich beim fraglichen Kollektiv um den Staat Israel handelt, der aufgrund nicht offen gelegter Prämissen vom Gültigkeitsbereich universaler Menschenrechte und außenpolitischer Rationalitätsanforderungen ausgenommen bleiben soll. Dies

44 Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahostkonflikt, aaO.

45 Dabei ist nicht entscheidend, dass es in der linken Palästinasolidarität durchaus zu solchen Querfrontbestrebungen kommen kann bzw. dass es einen Augen-zu-Umgang mit den reaktionären Aspekten palästinensischer bzw. muslimischer Organisationen gibt. Entscheidend ist, dass dies nicht für die Partei DIE LINKE nachgewiesen werden kann. Zu diesen problematischen Vorfällen und der damit verbundenen Abwehr der Auseinandersetzung mit Antisemitismus siehe zusätzlich zu den von Salzborn und Voigt angeführten Beispielen v.a. Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina*, aaO., S. 178 ff, 186, 246 ff. und ders.»Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? Ein internationaler Diskursvergleich« in: Marcus Hawel / Moritz Blanke (Hg.), *Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken*, Berlin 2010, S. 67-80.

46 Nicholas Pelham: The Blowback from Ostracizing Hamas, ABC News Online, 20.7.2006, <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/the-blowback-from-ostracizing-hamas.aspx> [abgerufen am 21.5.2011].

47 Rainer Erb/ Michael Kohlstruck: Eine Anmerkung zur aktuellen öffentlichen Diskussion um Antisemitismus, aaO. (FN 7), S. 4 f.

ergibt sich durch die Thematisierung des Gegenstands ausschließlich durch das Deutungsmuster Antisemitismus, obwohl die dafür zur Anwendung kommenden Kriterien, wie im Folgenden gezeigt werden soll, genau das nicht erlauben.

4 Einseitige Sichtweisen auf die Forschung und Alternativen

Auffällig ist, dass existente Studien zu linken Positionierungen in der Nahost- und Antisemitismusfrage, die in vergleichbaren Fällen zu meist deutlich differenzierteren Einschätzungen gelangen, keine Erwähnung finden, bzw. nur in den Aspekten zitiert werden, die in die eigene Argumentation passen.⁴⁸

Nichtsdestotrotz hätten Salzborn und Voigt einen wichtigen Beitrag zur Debatte leisten können. Einen guten Ansatzpunkt für ein methodisches Herangehen hätten die im Rahmentext des Artikels erwähnten Kriterien für antizionistischen Antisemitismus der »Working Definition of Antisemitism« der EU geboten. Bei der Präsentation des empirischen Materials durch Salzborn und Voigt erfolgt jedoch kein systematischer Abgleich mit den Kriterien.⁴⁹ Damit wurde eine vielversprechende Systematisierungsmöglichkeit verschenkt. Es obliegt somit den Leser/innen, *ad hoc* zu entscheiden, was im kolportierten Material eigentlich genau als antisemitisch zu gelten hat und warum. Damit eröffnet der Text Möglichkeiten zu seiner politischen Instrumentalisierung und trägt gerade nicht dazu bei, die Diskussion durch Orientierung an intersubjektiv überprüfbaren Kriterien zu versachlichen.

Doch auch diese Kriterien sind für eine Operationalisierung von antizionistischem Antisemitismus nur bedingt geeignet und nicht ohne weiteres als »gegenwärtiger Minimalkonsens in der Antisemitismusforschung«⁵⁰ zu begreifen. Diese ist durch hochgradig differierende Ansätze geprägt. Einige behandeln Antisemitismus (sozial)psychologisch als Einstellungssyndrome und Vorurteilmuster,⁵¹ welche durch Meinungsumfragen erfasst werden, während ihn andere als aus den Grundkategorien kapitalistischer Vergesellschaftung resultierende, soziale Verhältnisse fetischisierend verdinglichende Projektionen⁵² und wieder andere als überindividuelle, sozialstrukturell verortete Semantik be-

48 Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina*, aaO.; Daniel Bartel / Peter Ullrich, 2008. »Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien« in: Ulrike Freikamp et al (Hg.), *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, Berlin 2008, S. 53-72; Holger Knothe, *Eine andere Welt ist möglich – ohne Antisemitismus?* Bielefeld 2009; Peter Ullrich, *Der Nahostkonflikt*, aaO; Timo Stein, *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik*. Wiesbaden 2011; Armin Pfahl-Traughber, »Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk ›Attac« in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24 Jg., Nr. 1 (2011), S. 94-104; Maximilian Imanuel Imhoff, *Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung*, Frankfurt.

49 Ähnlich verfährt Timo Stein, *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik*, aaO (FN 47).

50 Salzborn / Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? aaO (FN 1), S. 293.

51 Bspw. Wolfgang Frindte und Dorit Wammetsberger, »Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus – Empirische Befunde« in: *Berliner Debatte Initial*, 19. Jg., Nr. 1/2, S. 29-42.

52 Moishe Postone, »Nationalsozialismus und Antisemitismus« in Michael Werz (Hg.), *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*, Frankfurt, S. 29-43.

greifen, die insbesondere mit dem aufkommen moderner Nationalstaaten verknüpft ist.⁵³

Ohne dies weiter zu vertiefen, wird deutlich, dass auch bei der Konstatierung von antizionistischem Antisemitismus verschiedene Ebenen begrifflich voneinander getrennt werden müssen. Dazu gehört zumindest die Differenzierung von Intentionen der sich äussernden bzw. handelnden Personen/Gruppen (strategische Funktion), manifestem Aussagegehalt (expressive Funktion), sowie diskursiven Anschlüssen bzw. Rezeptionsmöglichkeiten (Rezeptionsebene).⁵⁴ Zum zweiten sind die Elemente der Arbeitsdefinition, wenn sie inhaltlich sinnvoll bleiben sollen, nicht als Indikatoren im Sinne der standardisierten Sozialforschung zu verwenden, die ein bestimmtes Konzept klar operationalisieren. Sie sind gehaltvoll nur im Sinne sensibilisierender Konzepte.⁵⁵ Allein die Kriterien 3 und 4 (Verwendung von Symbolen und Bildern des traditionellen Antisemitismus und das Bestreben, Juden kollektiv für die israelische Politik verantwortlich zu machen) sind relativ eindeutig.⁵⁶ Sie sind eindeutig, weil sie den abstrakten Kern aller Antisemitismusbegriffe, Feindschaft gegenüber oder Diskriminierung von Jüdinnen und Juden, adressieren. Alle anderen verlangen nach einer genauen Kontextualisierung und hermeneutischen Interpretation, um ihre Indikationsfunktion erfüllen zu können. Akzeptierte man alle Kriterien gleichermaßen, würde der Antisemitismusbegriff vollkommen substanzlos. Dies sei am Beispiel des Kriteriums »Abstreiten des israelischen Existenzrechts« erläutert. Dieses ließe sich in dieser Abstraktheit auf die in antijüdische verschwörungstheoretische Bezüge eingebetteten israelfeindlichen Passagen der Charta der Hamas⁵⁷ genauso anwenden wie auf die religiös begründeten Delegitimierungen des Staates Israel durch ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden. Es träfe auf israelbezogene antijüdische Vernichtungsphantasien von Rechtsradikalen genauso zu wie auf universalistische, aber Nationalstaatlichkeit an sich infrage stellende linke, insbesondere anarchistische Konzeptionen (eine auch für viele jüdische linke Opponenten des Zionismus in der Geschichte prägende Haltung)⁵⁸ oder die Positionen weiter Teile der internationalen, israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen, die sich für einen binationalen demokratischen Staat für die jüdische und arabische Bevölkerung einsetzen. Die letztgenannten, in diesem Kontext zudem relevantesten zu untersuchenden Positionen, spannen ein Feld auf, dass von konsequentem Menschenrechtsuniversalismus bis hin zu in

53 Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001.

54 Vgl. zu dieser Ebenenunterscheidung für soziale und politische Bewegungen Peter Ullrich / Lê Anja, *Bilder der Überwachungskritik*, in: *Kriminologisches Journal* 43. Jg., Nr. 2, 2011, S. 112-130.

55 Jörg Strübing, *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*, Wiesbaden 2004, S. 30 f.

56 <http://fra.europa.eu/fraWebsite/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf> [13.10.2011].

57 Klaus Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*, Hamburg 2005, S. 15 ff.

58 Edmund Silberner, *Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus*, Oppladen 1983.

linkem Befreiungsvokabular verbrämten, weltbildhaften Israelhass und manifestem Antisemitismus reichen kann. Erst durch zusätzliche Kontextinformationen, beispielsweise die Verquickung verschiedener Elemente der EU-Arbeitsdefinition wird es möglich, ein Ereignis, eine Handlung oder gar einen Akteur als antisemitisch zu klassifizieren. Beispielfür die dafür notwendige hermeneutische Akribie steht die Arbeit von Klaus Holz.⁵⁹ Dieser nutzt die Fähigkeit der Methode der strukturalen Hermeneutik, latente Wissensstrukturen zu verdeutlichen, um im Einzelfall anhand der z.T. camouflierten argumentativen Struktur von Texten nachzuweisen, ob eine antizionistische Äußerung tatsächlich von antijüdischem Gehalt ist.⁶⁰ Dieser manifeste oder latente Gehalt kann jedoch immer noch von antisemitischen Intentionen und der von Produzenten kaum steuerbaren Rezeptionsmöglichkeit unterschieden werden. In der Studie von Jäger und Jäger⁶¹ zur deutschen Nahostberichterstattung finden sich viele solche Beispiele, die sich sowohl auf reale Vorkommnisse beziehen (israelische Soldaten erschießen ein Kind), als auch antisemitisch dekodierbar sind (Kindsmordlegenden).

Sowohl die Ebenendifferenzierung als auch die Kontextualisierungsnotwendigkeit der EU-Kriterien sind von großer Relevanz hinsichtlich der Deutung der zum Teil durchaus zu Recht von Salzborn und Voigt problematisierten Ereignisse. Die Notwendigkeit, die Ebenendifferenzierung zu betonen, resultiert vor allem aus der Problematik, dass mit der Konstatierung von Antisemitismus (ohne einen klaren Antisemitismusbegriff zu definieren) oder auch Anschlussfähigkeit an den Antisemitismus häufig eine leichtfertige Abwehrreaktion provoziert wird. Welcher Linke würde auch von sich glauben, Antisemit zu sein? Dieser Vorwurf, der oft so verstanden wird, dass der Gescholtene ein Judenhasser sei, wird – in der Mehrheit der Fälle sicherlich zurecht – zurückgewiesen. Damit aber wird zugleich die Chance verspielt, zu analysieren, wann und wie auf den anderen Ebenen (manifester Aussagegehalt und Rezeptionsoptionen) trotzdem beispielsweise ein nicht intendiertes Problem bestehen kann (wovon Antisemitismus allerdings nur ein Teilbereich ist).

Da sich zudem, wie im Einzelnen gezeigt wurde, durch Heranziehung weiterer Kontextinformationen, für einen großen Teil der von Salzborn und Voigt inkriminierten Zu- und Tatbestände auch auf diesen Ebenen eine Klassifizierung als antisemitisch verbietet, ist nach alternativen Deutungsangeboten zu fragen.

Zunächst ist auf die an verschiedenen Stellen des Textes geäußerte implizite Verlaufs- these zurückzukommen. Grundlegende Studien, die sich mit linkem Antisemitismus und der Rezeption des Nahostkonfliktes befassen und von den Autoren für die vorliegende

59 Klaus Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus*, aaO (FN 56).

60 Solche diskursiven Strategien sind beispielsweise die selektive Vermischung klassentheoretischer und ethnisierender Deutungen im Nahostkonflikt zur Dichotomie ›arabisches Volk‹ (welches im Marxismus-Leninismus affirmiert wird) versus ›jüdische/zionistische Bourgeoisie‹ (die abgelehnt wird), was jedoch anders als für den antiimperialistischen Antizionismus der Ostblockstaaten in den 50er Jahren und Teile der antiimperialistischen Strömungen der Neuen Linken seit den 60er Jahren, heute nur bedingt zum Verständnis von Positionierungen der Partei DIE LINKE beiträgt.

61 Siegfried Jäger / Margarethe Jäger, *Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus*, Münster 2003.

Arbeit bestenfalls am Rande rezipiert wurden, verweisen darauf, dass es immer wieder auch nahostpolitische Krisen und Zuspitzungen waren, die zu einer Radikalisierung der Positionierungen führten.⁶² Zeitgleich wurde auch darauf verwiesen, dass die seit den 1970er und verstärkt seit den 1980er und 1990er Jahren um das Thema geführten Kontroversen zu einer Pluralisierung der politischen Sichtweisen im deutschen linken Nahostdiskurs geführt haben. So entstanden neben antizionistischen und israelkritischen auch neue pro-israelischen Strömungen und sich explizit als vermittelnd und zwischen diesen Lagern stehend begreifende. Ullrich⁶³ betont, dass es sich dabei möglicherweise um einen säkularen Lernprozess handelt, der durch die Inkompatibilität aufeinander-treffender und miteinander konkurrierender erinnerungspolitisch grundierter und nahostkonfliktbezogener (antiimperialistischer wie auch menschenrechtspolitischer) Deutungsmuster im deutschen linken Diskurs entsteht. Die stete Konfrontation führte zu einer größeren argumentativen Komplexität und einem überindividuell komplexen und im internationalen Vergleich ausgewogenen Nahostdiskurs. Dort wurde auch gezeigt, dass sich dieser Konflikt und der damit verbundene Lernprozess in allen Feldern der politischen Linken nachweisen lässt.⁶⁴ Dies wird umso deutlicher, wenn frühere Arbeiten⁶⁵ in eine Langfristspektive einbezogen werden. Auch vor diesem Hintergrund ist es hochproblematisch, einzelne Ereignisse, die sich in einem kürzeren Zeitraum zuge-tragen haben, zur Basis einer impliziten Verlaufsthese und Konstatierungslegitimation einer Positionsdominanz zu machen.

Die Existenz eines solchen Lernprozesses und die Tatsache, dass der linke Nahost-diskurs in der Bundesrepublik komplexer und vergangenheitspolitisch sowie in puncto Antisemitismus deutlich sensibler ist als in vergleichbaren Ländern, hat allerdings nicht zur Folge, dass die Linke, inklusive der Linkspartei, nun der Gesamtgesellschaft weit voraus und frei vom Antisemitismusverdacht wäre. Das Problem stellt unseres Erachtens aber eine bestimmte Spielart des Antizionismus und der Israelkritik dar, die aufgrund der geschilderten Ambivalenzen eher als eine Grauzone zu begreifen ist, in der die Gren-zen zwischen starker Kritik einerseits sowie Verschwörungstheorien und Ressentiments andererseits fließend sind. In diesem politischen Spektrum, dessen reaktionärer Pol in der Partei DIE LINKE nach unserem Eindruck und angesichts der geschilderten Beschlusslage nur eine geringe Bedeutung besitzt, besteht das Problem in einer *Anschlussfähigkeit an und unklaren Abgrenzung von* antizionistischen Spielarten des Antisemi-tismus. Deren Probleme sind jedoch noch nicht einmal alle in den EUMC-Kriterien er-fasst. Eines besteht in der Bereitschaft, mit reaktionären, sogar anti-linken Kräften zu kooperieren, sie weniger kritisch zu betrachten oder in Schutz zu nehmen, wenn man sich mit diesen in der Kritik an Israel einig weiß. Eine schlichte Freund-Feind-Logik und eine extreme Identifikation mit den als Objekt der Solidarität erwähnten verwischt Gren-

62 Martin Kloke, Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung, aaO. (FN 15).

63 Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina, aaO. (FN 26), S. 295 ff.

64 Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina, aaO. (FN 26), S. 151.

65 Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt 1990/1994; ders., Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung?, aaO. (FN 15), S. 177.

zen. Diese Identifikation, verbunden mit einer extrem hohen Salienz des Themas in Teilen des antiimperialistischen Spektrums und der Palästinasoli-Szene, führt zu erinnerungspolitischen Unsensibilitäten, zu binären Zerrbildern vom Konflikt, zur Ignorierung israelischer Interessen oder jüdischer Befindlichkeiten und im Extremfall zu offenem Antisemitismus.⁶⁶ Man kann aber dieses Feld nicht verstehen, wenn man alle fragwürdigen, ambivalenten oder gar nur der eigenen Ansicht widersprechenden Positionierungen zu Israel als antisemitischen Antizionismus klassifiziert und damit den Antisemitismusbegriff bis zur Unkenntlichkeit überdehnt.

5 Fazit

Zwei Dinge sollte dieser Text verdeutlichen. Zum ersten: Es gibt innerhalb der bundesdeutschen und europäischen Gesellschaften ein manifestes Problem mit Antisemitismus, der sich als weltbildhafter, verschwörungstheoretischer Antizionismus und in Form von unangemessener und überzogener »Israelkritik« tatsächlich auch innerhalb linker Zusammenhänge zeigen kann, obwohl er deren grundlegenden Wertvorstellungen eigentlich diametral entgegensteht. Salzborn und Voigt legen den Finger damit in eine Wunde auch der bundesdeutschen Linken. Ein Großteil der Phänomene erscheint jedoch weniger als manifeste Antisemitismus, sondern eher als eine breite Grauzone des Übergangs von Kritik zu Ressentiment. Die Phänomene in dieser Zone müssen zweifelsohne noch genauer untersucht und begrifflich gefasst werden, wofür allerdings die Kriterien für antizionistischen Antisemitismus der EU-Definition bei weitem nicht ausreichen.

Zum zweiten: Der Versuch von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt, nachzuweisen, dass ein antizionistischer Antisemitismus oder auch nur die problematischen Phänomene im angrenzenden Graubereich maßgeblich für die Partei DIE LINKE sind, ist als haltlos zurückzuweisen. Insbesondere der Vorwurf, DIE LINKE bestreite das israelische Existenzrecht (S. 307) trifft nicht zu. Weder ist dieser Nachweis mit dem gewählten Vorgehen möglich, noch – das zeigen die verschiedenen Gegenargumente – ist es wahrscheinlich, dass er viel mit der Realität des Objektbereiches zu tun hat. Damit ist dem Anliegen der Auseinandersetzung mit Antisemitismus ein Bärendienst erwiesen, insbesondere da

66 Es ist hier nicht der Ort dies weiter auszuführen, um nicht von der eigentlichen Thematik abzulenken. Es sei jedoch zumindest darauf hingewiesen, dass sich ein strukturverwandtes Phänomen in der militanten Israelsolidarität findet, die innerhalb der außerparlamentarischen Linken beispielsweise, aber keinesfalls ausschließlich, unter dem Label »Antideutsche« firmiert und innerhalb der Partei »DIE LINKE« durch Einzelmitglieder, einzelne Funktionär/innen, Abgeordnetenbüros und den Bundesarbeitskreis Shalom vertreten wird. Beide Phänomene reagieren offensichtlich – abgesehen von ihren ernstzunehmenden inhaltlichen, auf die israelische Besetzung der Westbank oder den Antisemitismus bezogenen Selbstbegründungen – auf die gleiche Ausgangsproblematik linker Identitätsbestimmung im postnationalsozialistischen Deutschland. Vgl. dazu Peter Ullrich, »Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die (Nach-)Wirkungen des Nationalsozialismus im Nahostdiskurs« in: Kathrin Vogler / Martin Vorberg / Peter Ullrich, *Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS – Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte*, Berlin 2011, S. 23–38, und S. 41–42.

Salzborn und Voigt nicht nur den unterstellten »Antisemitismus der Linken« überbewerten, sondern damit auch den Antisemitismus als generelles Problem der deutschen Gesellschaft relativieren.⁶⁷

Ein Erfolg wäre, wenn es nun gelänge, die Debatte auf ihren rationalen Kern zu begrenzen und weitere systematische Forschungen an die Stelle anekdotischer Kolportage zu stellen. Insbesondere quantitative Daten liegen für DIE LINKE bisher nicht vor. Wenn die Linkspartei ihr Bekenntnis zum Kampf gegen Antisemitismus und für emanzipatorische Traditionen ernst nimmt, sollte sie sogar ein Interesse daran haben zu erfahren, in welchem Ausmaß sich antisemitische Ressentiments (seien sie antizionistisch oder anders beflaggt) in ihrer Mitgliedschaft und ihrer Elite finden, um diese entsprechend politisch bekämpfen zu können.

Zusammenfassung

Die Autoren setzen sich kritisch mit der Studie »Antisemiten als Koalitionspartner« von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt (ZfP 58,3) auseinander. Sie betonen, dass der dort erhobene Vorwurf, die Partei DIE LINKE sei von einem antisemitischen Antizionismus geprägt, aus verschiedenen Gründen unhaltbar ist. Vielmehr wird nachgewiesen, dass der medial sehr wirksame Aufsatz von Salzborn und Voigt methodisch mangelhaft, teilweise nicht nachvollziehbar und logisch inkonsistent ist, hoch selektiv und reduktionistisch mit dem willkürlich ausgewählten Material umgeht sowie Gegenargumente, insbesondere zur Beschlusslage der Partei, und einschlägige Forschungen unterschlägt. Es wird kritisiert, dass somit ein unzutreffendes Zerrbild der Partei DIE LINKE geschaffen wird, welches sich zur politischen Instrumentalisierung eignet und gleichzeitig den gesamtgesellschaftlichen Antisemitismus bagatellisiert. Die Autoren plädieren stattdessen dafür, die Problemfelder der »Israelkritik« als Grauzone zu betrachten, in der die Palästinasolidarität an verschiedenen Stellen anschlussfähig für den oder undeutlich abgegrenzt vom Antisemitismus sein kann. Sie treten dafür ein, die Debatte zu versachlichen, u. a. indem diese Grauzone begrifflich genauer spezifiziert und insbesondere für die Partei DIE LINKE quantitativ untersucht wird.

Abstract

The authors take on the study »Antisemites as Coalition Partners?« by Samuel Salzborn and Sebastian Voigt (ZfP 53, 3). They argue that the contention about the party DIE LINKE being marked by antizionist antisemitism must be found untenable. Instead they demonstrate why the widely received article by Salzborn and Voigt lacks methodological

67 Dies geschieht insbesondere durch die auf falschen Anschuldigungen beruhende Behauptung, mit der LINKEN drohe nun erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Beteiligung von Antisemiten an Koalitionen. Nicht nur die Fälle Möllemann, Hohmann und Karsli, sondern vor allem die Rolle von NS-Eliten in der frühen Bundesrepublik legen beredtes Zeugnis von einer anderen Situation ab.

rigour and consistency. The text is shown to treat in a highly biased and reductionist manner its material, which on his part is shown to have been arbitrarily selected, since possible counterarguments concerning the party's resolutions and relevant research are not taken into consideration. The authors criticise that as a consequence a distorted image of the party DIE LINKE is evoked, suitable for dubious political purposes and thereby trivialising antisemitism which remains a problem all too real in society. They suggest treating the field of criticism of Israel as 'grey area', where movements to support Palestine may become compatible or blur its boundaries to actual anti-Semitism. The debate must be objectified by conceptually specifying this grey area and producing according quantitative research on DIE LINKE.

Peter Ullrich und Alban Werner, Is »DIE LINKE« an anti-Semitic party? About grey areas of the left's Palestine solidarity and their critics.

Politisches Denken von Aristoteles



Die „Politik“ des Aristoteles ist einer der Grundtexte des politischen Denkens. Experten verschiedener Fachgebiete untersuchen die philosophischen, ökonomischen, historischen und politologischen Dimensionen des Werks und seine Wirkungen in der Geschichte.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/10898

Die „Politik“ des Aristoteles

Herausgegeben von Barbara Zehnpfennig

2012, 279 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8329-4106-2

(Staatsverständnisse, Bd. 44)



Nomos